

Foto: Olaf Klenke



**DIE LINKE unterstützt Streik für einen Tarifvertrag**

## Keine Wohltaten bei der Wohlthat'schen

Stell Dir vor, statt Bücher gibt es Lieder, Streiklieder. So geschehen an einem Samstag in der Bölschestraße in Friedrichshagen. Die Wohlthat'sche Buchhandlung war geschlossen. Berliner Beschäftigte des Unternehmens streikten und machten ihrem Unmut Luft. Mit Streikliedern wurde Stimmung gemacht. Es gab viel Sympathie von den Friedrichshagenern. Unterstützt wurde die Aktion von Mitgliedern der Partei DIE LINKE.

Neun Jahre gab es bei Wohlthat keine Lohnerhöhung; im letzten Jahr wurde jede vierte Stelle gestrichen; die Arbeitsbedingungen haben sich deutlich verschlechtert, so soll künftig jede Filiale mit nur einer Person besetzt sein, erfuhren die Passanten von den Streikenden. Die Beschäftigten wollen diese Situation nicht mehr hinnehmen. Sie fordern den Abschluss eines Tarifvertrages. Seit Dezember letzten Jahres üben sie mit einzelnen Streiktagen Druck auf die Geschäftsführung aus.

Über einen Aushang im Geschäft hatte

die Friedrichshagener LINKE von dem Konflikt erfahren und einen Solidaritätsbrief an die Beschäftigten geschrieben. So entstand der Kontakt mit den Angestellten und ihrer Gewerkschaft ver.di. Die Solidaritätsaktion kam bei den Streikenden gut an. Auch, dass die LINKE half, Unterschriften dafür zu sammeln, dass die Geschäftsführung mit der Gewerkschaft Tarifverhandlungen aufnimmt. Bisher weigert sie sich nämlich, einen Tarifvertrag abzuschließen und will die Beschäftigten mit dem Almosen einer zwei-prozentigen Lohnerhöhung abspeisen. Aber an einem Tarifvertrag mit Entlohnung und Arbeitsbedingungen des Berliner Einzelhandels führt kein Weg vorbei. Unterstützung dafür gibt es auch von Gregor Gysi, der einen Brief an die Geschäftsführung schrieb.

Der Kampf der Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen geht weiter. Weitere Streiks in den Filialen im Forum Köpenick oder Friedrichshagen sind möglich.

■ ■ Bianca Klenke

## Osterhase fährt Dampfzug

**Meister Langohr zu Gast  
bei der Parkeisenbahn  
Wuhlheide**

An den Ostertagen 4. und 5. April 2010 ist es wieder so weit – der Osterhase besucht die Parkeisenbahn Wuhlheide. Gemeinsam mit der Familie kann man eine Fahrt ins Grüne genießen und zusammen mit dem Osterhasen Ostereier suchen.

Am Ostersonntag und Ostermontag gibt es jeweils 13 Uhr, 15 Uhr und 17 Uhr das große Ostereiersuchen. Die Hinterlassenschaften des Osterhasen dürfen alle Kinder bis 14 Jahre suchen, die eine Fahrkarte für diesen Tag vorweisen können. Eine Anmeldung ist dafür nicht notwendig. Treffpunkt ist jeweils am Hauptbahnhof der Parkeisenbahn.

Groß und Klein können zusätzlich am Hauptbahnhof Eier bemalen. Im Bahnhof Eichgestell besteht für Kinder die Möglichkeit, sich direkt in unseren Zug „rein-zumalen“.

Am Ostersonntag und Ostermontag dreht jeweils von 11 bis 17 Uhr auch wieder ein dampflokbespannter Zug seine Runden auf den schmalen Gleisen in der Wuhlheide.

*BOK Treptow-Köpenick*

**Die Redaktion wünscht  
allen Leserinnen  
und Lesern ein frohes  
Osterfest.**

### IN DIESER AUSGABE

- Seite 2** NPD sorgt für Eklat
- Seite 3** Schwarz-Gelb stoppt ÖBS
- Seite 5** Ausstellung geht nach Bayern
- Seite 7** Schöneweide und Dammvorstadt vorn bei rassistischen Vorfällen

## Bezirk unterstützt Veranstaltungen zum Tag der Befreiung NPD sorgt für Eklat

Ab Ende April 1945 sind schrittweise die Ortsteile von Treptow und Köpenick von der vorrückenden Roten Armee in verlustreichen Kämpfen eingenommen worden. An die Befreiung erinnern Veranstaltungen der Ortsgruppen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten am 23. April um 17 Uhr auf dem Platz des 23. April, am 8. Mai um 17 Uhr am Treptower Ehrenmal und weitere Gedenkstunden von Bürgervereinen, so am 24. April um 10 Uhr auf dem Platz der Befreiung in Adlershof.



In einem interfraktionellen Antrag der demokratischen Parteien in der BVV, wurde das Bezirksamt

ersucht, in Zusammenarbeit mit demokratischen Vereinen aktiv an den 65. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus zu erinnern, die Organisation von Veranstaltungen zu diesem Jahrestag zu unterstützen und zu prüfen, ob ein erneuter Halt des „Zugs der Erinnerung“, einer Ausstellung in historischen Eisenbahnwaggons über die Deportation der jüdischen Bevölkerung, in Treptow-Köpenick ermöglicht werden kann.

Die deutsche Kriegsführung sei erbarmungslos gewesen, heißt es in der Begründung des Antrags. Im Schatten der Front wütete die Shoa, der etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden und Sinti und Roma in einem historisch singulären industriell durchgeführten Völkermord zum Opfer fielen. In den Konzentrationslagern starben zudem Tausende

Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Homosexuelle, religiös Verfolgte und Kriegsgefangene.

Der 8. Mai 1945 sei für Menschen, die ihn erlebt hätten, auch untrennbar mit dem Verlust von Angehörigen und persönlichem Leid verbunden. Dies auszudrücken, dürfe nicht Rechtsextremen überlassen bleiben. Nur ebenso wenig dürfen Ursache und Wirkung verkehrt werden.

Für einen kalkulierten Eklat sorgte NPD-Chef Udo Voigt. Vor einigen offenbar rechtsextremen jugendlichen Anhängern, die im Zuschauerraum Platz genommen hatten, bezeichnete er in der Debatte erneut die Luftangriffe auf deutsche Städte als „Bombenholocaust“ und forderte, auch Opfern der Waffen-SS zu gedenken. Gegen die Stimmen der NPD wurde jedoch der Antrag mit den Stimmen aller demokratischen Parteien angenommen.

■ ■ Philipp Wohlfeil  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

## Kein Marktplatz für Kriegsgerät LINKE gegen Ausweitung des Militärbereichs der ILA

Mit dem Antrag, dem Bezirksamt zu empfehlen, sich dafür einzusetzen, dass im Hinblick auf die Beteiligung der öffentlichen Hand der militärische Bestandteil der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) deutlich reduziert wird, war DIE LINKE in die Beratungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) gegangen. Die CDU hatte in einem eigenen Antrag, den DIE LINKE unterstützte und der auch beschlossen wurde, ein Verbot der gefährlichen Formationsflüge gefordert. Die SPD dagegen hatte nach langer Debatte einen Antrag vorgelegt, in dem die Standorterhaltung der ILA, deren Bestand in Berlin nach dem Bau des Großflughafens gefährdet ist, in den Vordergrund gerückt wird. Anstatt aktiv eine Verringerung des militärischen Anteils zu fordern, wurde, um sich von dem Antrag der LINKEN zu unterscheiden, eine Erhöhung des zivilen Anteils gefordert. Dieser Antrag wurde dann, bei mehrheitlicher Enthaltung der LINKEN angenommen.

Im ursprünglichen Antrag der LINKEN hieß es: „Auch zur diesjährigen ILA im

Juni werden wieder Unmengen militärischer Fluggeräte aus aller Welt erwartet und es soll das Zusammenwirken von neuesten Waffensystemen im Verbund, auch bei Flugvorführungen mit Tiefflügen über Siedlungsgebieten unseres Bezirks erprobt werden.

Der militärische Anteil der ILA betrug in den vergangenen Messen mehr als 50 Prozent, was mit einer immer stärkeren Präsenz von Wehrtechnik und modernsten Waffensystemen, insbesondere lärmintensiven Kampfflieger- und Hubschrauberstaffeln verbunden war. Nach Aussagen von Fachleuten ist die ILA zur wichtigsten Militärplattform Europas geworden. Dieser Bereich sollte nicht mehr aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Dies könnte dazu beitragen, die künftige Präsenz der ILA auf einem neuen Standort am BBI zu sichern, der ja einen höheren Finanzierungsbedarf der öffentlichen Hand erfordert.“

In seiner Rede zum Antrag hatte Hans Exleben ausgeführt: „Die ILA darf nicht weiter zu einem Marktplatz für Kriegsgerät verkommen und Aufrüstung glorifizie-

ren beziehungsweise propagieren, sondern sollte allein für zivile Zwecke genutzt werden.

Das Argument, dass Militärtechnik ein wichtiges Exportgut sei, an dem viele tausend Arbeitsplätze hängen, ... halte ich nicht für stichhaltig, eher für abwegig. Dass Deutschland im Rüstungsgeschäft zur Nummer 3 nach den USA und Russland aufrückte, ist wahrlich kein Ruhmesblatt für unser Land.“

### IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick  
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. März 2010  
Ausgabebetrag „blättchen“ 160: Do, 29. April 2010  
Redaktionsschluss für „blättchen 160“: 20. April 2010  
Das »blättchen« wird aus Spenden finanziert.

BVV unterstützt Forderung nach Mittelfreigabe

## Schwarz-Gelb stoppt ÖBS

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages sperrte am 4. März im Rahmen der Beratungen zum Einzelplan 11 des Bundeshaushalts für den Bereich der Grundsicherung Haushaltsmittel im Umfang von 600 Millionen Euro für Eingliederungsleistungen sowie in Höhe von 300 Millionen Euro für Verwaltungskosten.

Was bedeutet das für unseren Bezirk?

Das Jobcenter Treptow-Köpenick ist quasi zahlungsunfähig! Das hat zur Folge, dass keine Neubewilligungen im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor erfolgen können und auch alle nach zwei Jahren auslaufenden Stellen im „Öffentlichen Beschäftigungssektor“ (ÖBS) keine Anschlussfinanzierung erhalten.

Für die im ÖBS bislang zwei Jahre beschäftigten Menschen ist das fatal. Sie verlieren ihre Stelle und der Bezirk in wichtigen Bereichen gute und wichtige Arbeitskräfte.

Im Jahr 2010 laufen in Treptow-Köpenick 228 Stellen im ÖBS aus. Die Beschäftigten haben eine wichtige Arbeit geleistet, ob im Rahmen von Mobilitätshilfsdiensten für ältere Menschen, als Trainer in Sportvereinen und Schulen, als „Heinzelmännchen“ für behinderte und hilfsbedürftige Menschen.

Auch für viele Beschäftigungsträger bringt das Probleme mit sich. Sie müssen ihre Mitarbeiter kündigen und haben Verluste.

Treptow-Köpenick ist von dieser Sperre besonders hart betroffen. Bereits bei der vorläufigen Zuweisung von Mitteln im Eingliederungstitel erhielt das Jobcenter 5 Millionen Euro weniger als im Vorjahr, da sich die Zuweisungsmethode des Bundes verändert hat. Bereits eingegangene Verpflichtungen wurden nicht mehr berücksichtigt, die Leistungen wurden nur noch auf der Basis der im Zuständigkeitsbereich zu betreuenden zugewiesen.

Die Mittel wurden „titelscharf“ zugewiesen und „Jobcenterscharf“. Eine Umverteilung im Land Berlin ist ausgeschlossen.

Schon auf Grund dieser Tatsache konnten keine neuen ÖBS-Stellen für das Jahr 2010 ans Netz gehen. Eine Umverteilung der Mittel zu Gunsten der Fortführung der ÖBS-Stellen nach zweijähriger Laufzeit gestaltete sich in der Trägerverteilung als problematisch.

Durch die Haushaltssperre des Bundes sind die erstrittenen ersten Lösungsansätze für die Weiterfinanzierung der auslaufenden ÖBS-Stellen in Treptow-Köpenick jedoch zunächst gescheitert, da weitere drei Millionen Euro fehlen und Zahlungsunfähigkeit besteht.

Erst am 21. April soll im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages über die Entsperrung der Mittel verhandelt werden.

Für viele Beschäftigte im ÖBS hat dies



die traurige Konsequenz, dass die Stellen nach und nach im März und April auslaufen. Einzig für die Beschäftigten im ÖBS, die 60 Jahre und älter sind, gibt es zurzeit eine Lösung. Ihre Stellen können nach dem Auslaufen nach zwei Jahren unbefristet verlängert werden. Für diese Stellen hatte der Bund die Mittel zweckgebunden zugewiesen.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar!

Das Land Berlin wird eine Bundesratsinitiative ergreifen und fordern, die Mittel für Arbeitsmarktpolitik unverzüglich und in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Die BVV in Treptow-Köpenick hat am 25. März 2010 interfraktionell einen Beschluss mit der Forderung der Aufhebung der Haushaltssperre gefasst. Doch erst wenn der Bundeshaushalt steht und die Sperre aufgehoben ist, ist einschätzbar, wie es im ÖBS hier in Treptow-Köpenick weiter geht.

■■ Ines Feierabend  
Stadträtin für Soziales und Gesundheit

## Zehn Kiezkubs, Tausend Möglichkeiten

### Neuer Name für die kommunalen Seniorenfreizeitstätten

Seit zwei Jahrzehnten sind die kommunalen Seniorenfreizeitstätten ein fester Bestandteil in der Seniorenarbeit im Bezirk. An zehn Standorten eröffnet den Bürgern das Sozialamt Treptow-Köpenick die ganze Vielfalt: Zirkel- und Gruppenarbeit, gemeinsame Freizeitgestaltung, kulturelle Veranstaltungen, Bildung und Sport. Das Bezirksamt lädt alle Senioren, die ihr Leben aktiv gestalten wollen, zu den Veranstaltungen ein.

Auch in Zukunft sollen die Angebote offen und zugänglich für alle Generationen, Männer und Frauen, sein. Der neue Name

„KIEZKLUB“ steht für die gemeinsamen Grundwerte aller zehn Einrichtungen. Die bezirklichen KIEZKLUBs sind weiterhin der Treffpunkt für eine aktive und selbstbestimmte Lebensgestaltung in jedem Alter. Ich freue mich über eine aktive Beteiligung bei den Angeboten und über Ihre neuen Ideen.

Alle Informationen zum Programm der KIEZKLUBs finden Sie wie gewohnt im Monatsprogramm und unter [www.ba-treptow-koepenick.de](http://www.ba-treptow-koepenick.de).

■■ Ines Feierabend  
Stadträtin für Soziales und Gesundheit

### ► Jugendherberge in der Wuhlheide

Die Suche nach einem geeigneten Standort für eine Jugendherberge in der Nähe des FEZ in der Wuhlheide gestalten sich überaus schwierig, heißt es aus dem Bezirksamt. Der Bestand an verfügbaren landeseigenen Flächen sei begrenzt, jedoch würden alle Möglichkeiten geprüft.

Es gibt nur einen eventuell möglichen Standort in der Nähe der Wuhlheide, der sich in Landeseigentum befindet.

Hinzu käme aber das Lärmproblem, wenn es sich um ein Umfeld mit Wohngebäuden handele. Die Nähe zur Wuhlheide war ausdrücklicher Wunsch des FEZ und der Landesmusikakademie. Dem hatte sich das Jugendherbergswerk (JHW) abgeschlossen.



## Die A 100, der Großflughafen BBI und der Verkehr im Osten Berlins

Über Sinn und Unsinn eines Weiterbaus der A 100 ist bereits trefflich gestritten worden. Ein SPD-Landesparteitag hat sich schon gegen das Projekt ausgesprochen, nun soll sich im April der Landesparteitag der LINKEN positionieren. Wie wichtig der Landespartei das Thema ist, zeigt die personelle Besetzung einer „Verkehrskonferenz“, von der LINKEN seien hier Gesine Löttsch, Klaus Lederer, Katrin Lompscher, Jutta Mattuschek genannt, sowie Fachexperten von Vereinen und Verbänden, Instituten.

Das Barometer stand von vornherein auf „Nein zur A 100 !“. Weshalb also die-

se Konferenz? Und was hat das mit dem Flughafen zu tun? Sehr viel, wie Ernst Welters auf der Grundlage eines entsprechenden Antrages des Bezirksverbandes engagiert darstellte. Der Großflughafen BBI soll 2011 in Betrieb gehen. Dem Problem, wie denn nun Mensch und Fahrzeug insbesondere aus den nördlichen und nordöstlichen Stadtbezirken den neuen Großflughafen erreichen soll, wurde – so die begründete Auffassung des Bezirksverbandes Treptow-Köpenick – bei Weitem nicht soviel streitbare Aufmerksamkeit gewidmet wie den Entscheidungen zum Bau dieses Großprojektes. Fol-

ge ist, dass es bis zur Eröffnung keine umfassende Einbindung des Flughafens in den öffentlichen Personennahverkehr gibt und außerdem stillschweigend in Kauf genommen wird, dass der durch Fluglärm und Emissionen ohnehin schon gebeutelte Stadtbezirk nun auch noch zum BBI-Transitbezirk für Individual- und Wirtschaftsverkehr mutiert. In dem Antrag an den Landesausschuss wurde deshalb gefordert, in einer „Verkehrskonferenz für den Südosten Berlins“ nach Alternativen zu suchen und dabei den Weiterbau der A 100 bei den Überlegungen zumindest nicht von vornherein auszuschließen. Die Befürchtungen Treptow-Köpenicks sind durchaus real, das wurde durchaus zur Kenntnis genommen. Für die Variante, durch einen Weiterbau der A 100 den Verkehr aus dem Nordosten in Richtung A 113 zu bündeln, konnte sich allerdings kaum jemand erwärmen. Auch andere Verkehrsprojekte, welche den Nordosten (Pankow, Hellersdorf, Marzahn, Lichtenberg) mit dem Südosten (BBI, A 113) verbinden sollen, so die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) oder die Süd-Ost-Verbindung (SOV), werfen derzeit mehr Fragen als Lösungen auf. Da andere beschlussfähige Konzepte ebenfalls nicht erkennbar waren, ging die Veranstaltung mit vielen Hausaufgaben für die Akteure zu Ende. Vielleicht hilft aber gewachsenes Verständnis, akzeptable Kompromisse zu entwickeln. Schließlich ist nicht mehr viel Zeit, um bis zum Landesparteitag am 24. April ein tragfähiges Verkehrskonzept Süd-Ost vorzulegen.

■ ■ Edith Karge

## Angebote des ÖPNV weiterentwickeln

Aktuell arbeiten Senat, BVG und weitere Beteiligte aus Verwaltung und Fachöffentlichkeit an einer Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Periode 2010-2014. Der Nahverkehrsplan ist ein Planungsinstrument, mit dem das Land Berlin die Angebote des ÖPNV definiert und zugleich Standards für die Qualität der Verkehrsleistungen setzt. Seine Eckpunkte wurden bereits im November 2009 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet. Nun kommt es allerdings auf die konkrete Ausgestaltung des Nahverkehrsplans an und an dieser Stelle beginnen auch schon die Probleme für den Bezirk Treptow-Köpenick.

Denn bis jetzt ist durchgesickert, dass der Senat zwar plant, den U- und Straßenbahnfahrplan am Wochenende und in den Abendstunden zu verdichten, im Gegenzug aber bei den Bussen sparen möchte. Für Treptow-Köpenick bedeutet dies, das schon nächstes Jahr Buslinien seltener fahren oder sogar ganz wegfallen. Eine Kompensation dafür gäbe es nicht.

DIE LINKE Treptow-Köpenick fordert daher eine klare Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans dahingehend, dass der Umweltverbund weiter gestärkt wird und Anreize geschaffen werden, dass

Auto vermehrt stehen zu lassen. Angesichts einer immer älter werdenden Bevölkerung, die auf kurze Wege zur Haltestelle und geringe Wartezeiten angewiesen ist, wäre eine Kürzung des Angebots im ÖPNV eindeutig die falsche Antwort auf die Verkehrsgewohnheiten der Menschen. Die Weitläufigkeit des Bezirks erfordert im Gegenteil bessere Angebote des ÖPNV, beispielsweise dichtere Taktzeiten und neue Buslinien, die vor allem tangential verlaufen und Reisezeiten verkürzen.

Eine Fortschreibung des Nahverkehrsplans darf in Treptow-Köpenick nicht dazu führen, dass künftig in Puncto Nahverkehr die Signale auf Rot stehen.

■ ■ Johann Eberlein,  
Bürgerdeputierter im Ausschuss für  
Stadtplanung und Verkehr



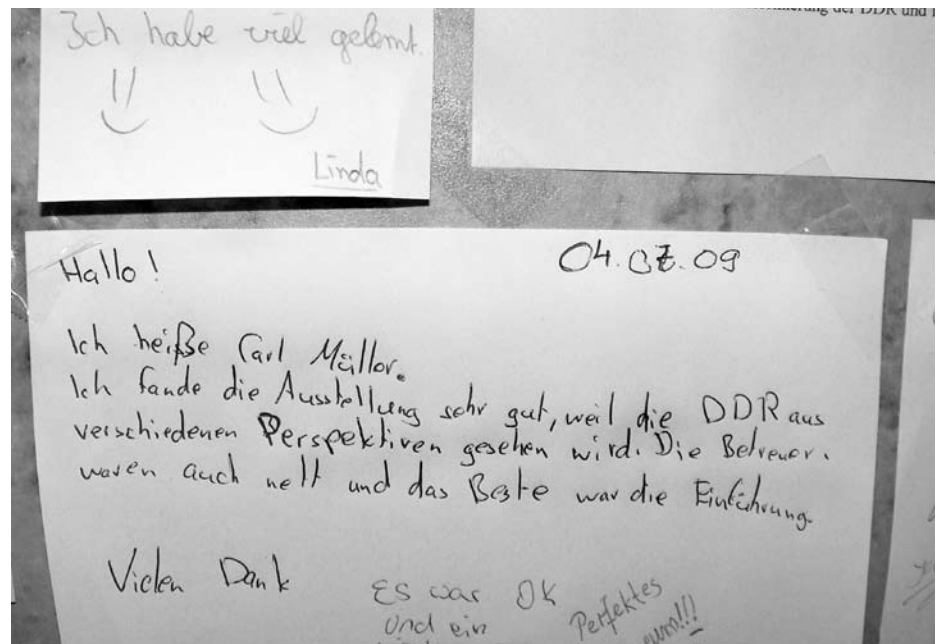
## „Sag, was war die DDR?“ geht nach Bayern

20.000 besuchten Ausstellung im FEZ

Ende März wird die Ausstellung im Kindermuseum des FEZ unter dem Thema „Sag, was war die DDR?“ abgebaut und zieht ins Stadtmuseum nach Erlangen, wo sie bereits im April eröffnet wird. Dort gebe es großes Interesse an der DDR, sagt Museumsleiterin Pia Grottsch, die sich um den Aufbau kümmert und die dortigen Mitarbeiter anleitet. In Berlin hatte sie in einem Jahr 20.000 Besucher angezogen. Diese große Resonanz aus dem In- und Ausland verdankt die Ausstellung einer museumspädagogischen Konzeption, die sich sehr von bisherigen Darstellungen des Lebens in der DDR unterscheidet. Hier können Dinge aus DDR-Zeit angefasst, ausprobiert, angezogen, angehört werden. Ziel der Ausstellungsmacher ist, dass Kinder aus Ost und West als junge Geschichtsforscher Lebenswege und Schicksale von mehr als 100 Menschen über eine Zeit von fast 200 Jahren erfahren. In Schaukästen und Schubladen finden sich Fotos, Aufzeichnungen und persönliche Gegenstände, die Zeitetappen charakterisieren. DDR-Kinder, die in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Schule gingen, haben in Tagebüchern und Aufsätzen schöne Erlebnisse und Zukunftsträume niedergeschrieben, aber auch über schlechte Erfahrungen und schreckliche Ungerechtigkeiten berichtet.

Wie die Museumsleiterin, Jahrgang 1963 und selbst Lehrerin in der DDR, bedauert, gibt es bis heute kein Lehrmaterial für den Geschichtsunterricht, das die DDR behandelt. Führungen durch die

Ausstellung für Schüler und Lehrer ab der 3. Klasse bis zur Gymnasialstufe waren deshalb ein besonderes Anliegen der Mitarbeiter. Sie wollten zum Vergleichen, zum Nachdenken anregen und auch, bei Eltern und Großeltern nachzufragen.



Die Schüler der 6. Klasse eines Potsdamer Gymnasiums, die Ende März mit ihren Lehrerinnen die Ausstellung besuchten, hatten zumindest Kenntnisse über das Kriegsende und die vier Alliierten, als Pia Grottsch ihnen erklärte, warum es zur Teilung Deutschlands kam und sich zwei unterschiedliche Gesellschaftssysteme entwickelten. Warum es mit dem Sozialismus in der DDR aber nichts wurde und zur friedlichen Revolution kam, soll

im Unterricht noch weiter diskutiert werden. Was den Mauerbau betraf, gab es bei den Zehnjährigen wenig Kenntnisse. Auf die Frage, weshalb wohl damals fast nur Rentner in den Westen reisen durften, hieß es den Schmunzeln der Erwachsenen: „Weil sie nicht randalieren“.

Dass aber auch heutige Kinder sich Gedanken um Probleme machen, zeigen viele Wünsche, die Schüler auf Zetteln rund das UFO hinterlassen haben, das mitten im Ausstellungsraum steht. Hier heißt es zum Beispiel: Es darf keine Kriege mehr geben; die Welt soll grün bleiben und keine Tiere aussterben; die Menschen müssen sich mehr um die Umwelt kümmern; ich möchte gerne in Berlin bleiben; ich will eine kleine Familie und einen Hof mit Tieren haben; meine Familie soll für immer leben; in 20 Jahren soll es allen gut gehen, alle einen Job haben; mein Traum ist, auf den Mount Everest zu steigen.

Fast allen Kindern hat die Ausstellung gefallen. Wie erwachsene Besucher sie einschätzten, wird in zwei Gästebüchern und an einer Wandtafel gezeigt, an die jeder seine Meinung anheften kann. Da gibt es überwiegend Anerkennung und Lob für die kindgerechte Darstellung vieler Lebensbereiche in der DDR. Die Au-

thentizität durch „real existierende Menschen“ käme sehr gut zum Tragen, heißt es. Dagegen aber auch die Meinung, dass der heranwachsenden Generation ein Negativbild suggeriert würde.

„Geschichte machen wir selbst, wenn wir uns wirklich einmischen“, sagt Pia Grottsch. Das ist es, was Kinder und Jugendliche auch für die Gegenwart mitnehmen sollen.

■ ■ Helga Pett

## Heizungsanlagen nicht zwingend erneuern

# Der Klimaschutz in Adlershof ...

...hat einen hohen Stellenwert. Davon zeugen viele innovative Betriebe, Institute und Forschungseinrichtungen im Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof (WISTA).

DIE LINKE hatte deshalb zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Klimaschutz geladen und mit Katrin Lompscher, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, als ehemalige Adlershoferin, und dem parlamentarischen Geschäftsführer und bau- und wohnungspolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin, zwei Fachleute aufs Podium gesetzt.

Katrin Lompscher, eine sehr quirlige und exakt formulierende Frau, berichtete über die Referentenentwürfe des Berliner Klimaschutzgesetzes und die zahlreichen Einwände und Bedenken der unterschiedlichen Interessengruppen. Sowohl sie als auch Uwe Döring machten deutlich, dass DIE LINKE sich im Besonderen im städtischen Raum sehr stark um die Reduzierung von Umwelt belastenden

Faktoren bemüht, sei es durch die Reduzierung der CO<sub>2</sub> Werte im Straßenverkehr, die Verhinderung von Versiegelungen durch Baumaßnahmen oder die Verwendung von Biomasse in Heizkraftwerken. Besonders mit Vattenfall ist die Senatsverwaltung für Umwelt im ständigen Dialog, dass gegebene Zusagen nicht umgangen werden. Der von Vattenfall geplante Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Lichtenberg konnte verhindert werden.

Uwe Döring erläuterte die parlamentarische Arbeit, die das Handeln der Senatorin begleitet und unterstützt. Im Mittelpunkt des Abends stand natürlich der Referentenentwurf für das Klimaschutzgesetz, das vor allem auf die energetische Sanierung von Gebäuden setzt. Die anwesenden Bürgerinnen und Bürger waren besonders beunruhigt von der Vorgabe im Klimaschutzgesetz-Entwurf, dass Heizungsanlagen die älter als 20 Jahre sind, von den Hausbesitzern ausgetauscht werden sollen. Katrin Lompscher erläuterte hier den Zusammenhang



Foto: Martin Schmidt-Bugiel

zwischen dem technischen Zustand der Anlagen und den vorgesehenen Vorgaben des Klimaschutzgesetzes. So waren die Zuhörer erleichtert, dass das vorgesehene Klimaschutzgesetz bei gut gewarteten Anlagen nicht zwingend vorschreibt, einen Austausch vornehmen zu müssen.

Einig waren sich die Anwesenden auch darin, dass ein Klimaschutzgesetz sozialverträglich sein muss und möglichst zu keinen Erhöhungen von Warmmieten führen soll.

■ ■ *Martin Schmidt-Bugiel*

## FDP und GRÜNE gegen Sporthalle

In den letzten Jahren wurde im Sportausschuss der BVV Treptow-Köpenick häufig über den Hochschulsport geredet. Die Ansiedlung der Hochschule für Technik und Wirtschaft ist ein großer Erfolg und mehr als ein Hoffnungsschimmer für den Ortsteil Oberschöneweide.

Die HTW ist bekannt für ihr großes Angebot an Hochschulsport und konnte am Standort Treskowallee auf eine Halle zurückgreifen. In Oberschöneweide ist es nur schwer und nicht ohne gravierende Nachteile für andere Vereine möglich, genügend Hallenzeiten bereit zu stellen.

Dazu verlangt die neue Sportanlagen-Nutzungsvorschrift (SPAN) von der Hochschule für eine entgeltfreie Nutzung den Ausschluss von Hochschulexternen von den Sportangeboten. Dies führte zu einer Schließung des Hochschulsports nach außen.

Im Februar verkündete dann das Sportamt im Sportausschuss eine freudige Nachricht. Der Senat will selbst eine Halle für die HTW bauen, Betriebskosten

würden für den Bezirk nicht anfallen. Der Ort befände sich auf landeseigenen Flächen. Alle Probleme wären mit diesem Rundum-Sorglos-Paket gelöst.

Im Ausschuss stand im März ein Antrag der FDP-Gruppe zur Debatte. Es sollte beschlossen werden, dass der Bezirk auf der geplanten Stelle gar keine Halle für den Hochschulsport möchte. Stattdessen stände doch in den anderen Sporthallen genug Platz zur Verfügung. In der Debatte wurde von FDP und Grünen ebenfalls argumentiert, dass es zu Lärmbelästigungen der Anwohner kommen würde, obwohl unmittelbare Wohnbebauung nicht vorliegt. Plausibel konnte nicht erklärt werden, welche Lärmemissionen eine geschlossene Sporthalle verursachen soll.

Letztendlich hat der Sportausschuss mit der deutlichen Ablehnung des Antrags bei nur einer Fürstimme der Grünen eine weise Entscheidung für den Hochschulsport getroffen.

■ ■ *Tino Oestreich, Bürgerdeputierter im Sportausschuss*

### Informationen aus dem Bezirksamt

#### ► Noch 473 Gaslaternen im Bezirk

Im Bezirk gibt es insgesamt 22.292 Straßenleuchten, davon 473 gasbetriebene, heißt es in der Auskunft der zuständigen Senatsverwaltung auf eine entsprechende Anfrage zur Umrüstung der Straßenlaternen auf moderne, energieeffiziente Leuchten. Die Ablösung der rund 720 Leuchten vom Typ RSL mit Quecksilber (HQL) sei zur Hälfte abgeschlossen. Weitere 650 Leuchten mit HQL seien noch auszutauschen.

#### ► Öffnungszeiten Schloss Köpenick

Zukünftig wird es im Schloss Köpenick in den Wintermonaten keine verkürzten Öffnungszeiten mehr geben. Das erklärte der stellvertretende Direktor des Kunstgewerbemuseums bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz gegenüber dem Bezirksamt.



Foto: Elke Brosow

## Endlich geht es los!

Mit dem Programmentwurf ist die Grundlage für die Debatte gegeben. Er spiegelt die Breite der Partei wider, aber auch das hohe Maß an gemeinsamen Kritikpunkten am derzeitigen Kapitalismus und im Streben nach einer anderen gesellschaftlichen Entwicklung. In der Präambel sind drei Grundideen als übergreifender Zusammenhang für den Gesamttext formuliert – die individuelle Freiheit als Grundidee einer solidarischen Gesellschaft, der sozial-ökologische Umbau anstelle profitorientierten Wachstums und der längere emanzipatorische Prozess zur Gesellschaftsveränderung. Das ist gut. Gleichwohl ist der Entwurf nicht auf der Höhe der Zeit. Herausforderungen der Wissensgesellschaft, der Kreativ- und Dienstleistungswirtschaft werden nicht angemessen berücksichtigt. Die Vielfalt der Gesellschaft, ihrer Eigentumsformen, der Lebensweisen und Arbeitswelten wird nur unzureichend dargestellt. Die Konzentration auf die Eigentumsfrage ist nachvollziehbar, sie ist aber zu eng beantwortet. Die Möglichkeiten von Verbesserungen im Kapitalismus bleiben völlig unberücksichtigt. Der Entwurf zeigt, dass es in der LINKEN zwei Perspektiven gibt. In einer Sicht ist erst Sozialismus nötig, bevor Freiheit und Demokratie sich entfalten können. Die andere Sichtweise geht von einem Prozess aus, in dem sich Demokratie entfaltet und der heute beginnt. Und hierbei ist die Frage nach den »roten Linien« zu diskutieren, die unsere Regierungsarbeit begrenzen sollen. Ich bin nicht dafür, in den Vordergrund zu stellen, was wir keinesfalls tun werden, sondern was wir wollen!

■ Stefan Liebich, MdB

**Ein Programm für die Partei DIE LINKE.** Die Vorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine stellten den Entwurf in Berlin vor und riefen die Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten, alle Interessierten auf, ihre Meinungen und Vorschläge in die Debatte einzubringen.

## Öffentlich, weil's besser ist!

Vor dem Landesparteitag der LINKEN am 24. April

Es war nicht ganz unerwartet, dass die im Entwurf für unser Parteiprogramm erhobene Forderung nach Überführung strukturbestimmender Großbetriebe in gesellschaftliche Eigentumsformen Diskussionen und Widerspruch auslösen würde. Das ist auch gut und richtig so, denn das Pro und Contra gilt es gut abzuwägen. Nur in einer offenen, sachlichen Debatte werden wir die Argumente finden, mit denen wir im öffentlichen Diskurs bestehen können. Wir sollten uns darin auch nicht von jenen Medien verunsichern lassen, die diese Frage zu einer von Sieg oder Niederlage der einen oder der anderen innerparteilichen Strömung stilisieren.

Das gilt umso mehr, als wir bei diesem Thema innerhalb der LINKEN in relevanten Punkten gemeinsamer Auffassung sind. Unternehmen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand. Sie haben sich einer transparenten und am Gemeinwohl orientierten Unternehmensführung zu befleißigen und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Angesichts der Erfahrungen, die viele Menschen mit Privatisierungen, Deregulierung, Markt- und Wettbewerbsorientierung in diesem Bereich in den vergangenen Jahren machen mussten, gibt es für diese Position einen breiten Rückhalt.

Sich zum öffentlichen Eigentum bei den Unternehmen der Daseinsvorsorge zu bekennen, ist das eine. Eine Strategie zu haben, wie wir das umfassend wieder erreichen wollen, ist dagegen ein wesentlich schwierigeres Unterfangen. Zumal in einer Stadt wie Berlin, die nach wie vor mit begrenzten finanziellen Ressourcen haushalten muss. Dennoch haben wir uns dem gestellt. Auf unserem Landesparteitag im April werden wir Vorschläge vorlegen und beraten, in welchen Schritten wir uns diesem Ziel bei den Wasserbetrieben, der S-Bahn und in der Energieversorgung realistisch nähern können. Das wäre weit mehr, als uns vor einigen Jahren erreichbar schien, als wir noch darum kämpften, Privatisierungen bei der Daseinsvorsorge auszuschließen. Wie damals werden wir auch jetzt einen langen Atem behalten müssen und nicht jeder Plan wird uns gelingen. Aber wie zitierte Lothar Bisky Karl Marx bei der Vorstellung des Programmentwurfs? „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“ Lasst uns das auch in den künftigen Debatten nie vergessen.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender

# Thema:

## Bundratsinitiative soll Mieten begrenzen

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hat kritisiert, dass trotz verschiedener Berichte, wonach Neumieten in Berlin deutlich über den Bestandsmieten liegen, Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer weiter von einem entspannten Mietmarkt spreche. In weiten Teilen der Stadt, so der bau- und wohnungspolitische Sprecher Uwe Doering, liege das Wohnungsangebot bereits über den finanziellen Möglichkeiten breiter Berliner Bevölkerungskreise. Als Konsequenz, so Doering, sollte der Senat die von den Koalitionsfraktionen geforderte Bundratsinitiative zur Begrenzung der Neuvertragsmieten mit Nachdruck prüfen. Auch sollte der Einfluss des Senats auf die städtischen Wohnungsgesellschaften dahingehend verstärkt werden, Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte, anzubieten.

## Gute Arbeit – Film im Netz

Öffentlich geförderte Beschäftigung in Berlin schafft neue berufliche Perspektiven, organisiert sinnvolle Arbeit und schafft gesellschaftliche Integration. Unter dem Titel „Der ÖBS in Berlin hat viele Gesichter“ hat die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus auf ihrer Internetseite jetzt einen kleinen Film dazu ins Netz gestellt. Darin kommen Menschen zu Wort, die mit dem ÖBS einen Weg aus der Arbeitslosigkeit gefunden haben.  
[www.linksfraktion-berlin.de](http://www.linksfraktion-berlin.de)

## Eltern nehmen Schulreform an

Die beginnende Schulstrukturreform hat nicht zu einer Verunsicherung der Berliner Eltern und Schüler geführt. Das, so der bildungspolitische Sprecher der Linksfraktion, Steffen Zillich, belegen die vorliegenden, noch vorläufigen Anmeldezahlen für die Schulen der Sekundarstufe. Danach würden die künftigen Integrierten Sekundarschulen insgesamt gut angenommen. Der von Teilen der Opposition vorhergesagte Ansturm auf die Gymnasien sei ausgeblieben.

# Linksfraktion gut in Form

## Die Chancen stehen gut, dass die Linke auch über 2011 hinaus in Berlin mitregiert

Regieren, auch über 2011 hinaus? Für DIE LINKE in Berlin sieht es ganz danach aus. Wir sind erkennbarer geworden: Bei Bildung, Mindestlohn und öffentlich geförderter Beschäftigung. Unser Berlinpass ermöglicht Hartz-IV-Empfängenden unbürokratisch die Teilhabe am kulturellen Leben und Mobilität in der Stadt. Mit uns gibt es Konzepte im Kampf gegen Diskriminierung, gegen Rechtsextremismus und für mehr direkte Demokratie.

Die Berlinerinnen und Berliner sehen unseren Anteil in der Koalition an der Lösung von Problemen in der Stadt, und sie wissen das auch mehr und mehr zu schätzen. Sie erzählen uns, was schief läuft, weil sie erwarten, dass wir uns kümmern. Und das machen wir auch.

Auf unserer Fraktionsklausur Ende Februar am brandenburgischen Döllnsee konnten wir nicht nur beim Joggen in der Mittagspause zeigen, dass DIE LINKE in Berlin derzeit richtig gut in Form ist. Wir haben neue Ziele verabredet, mit denen wir deutlich machen wollen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt: Beim sozial-ökologischen Umbau der Stadt, für mehr staatlichen Einfluss auf die Landesbetriebe, für bezahlbare Mieten und bessere Integration.

Statt kritischer Ratschläge erreichen uns jetzt Anfragen aus anderen Fraktionen, insbesondere aus dem Westen: Schickt uns doch mal was zur Gemeinschaftsschule, oder: Wie macht ihr das eigentlich mit dem ÖBS? Könntet ihr mal das Vergabegesetz schi-

cken, oder: Gebt uns mal euer Integrationskonzept. Wir werben im Gegenzug im Bundestag und Bundesrat um Unterstützung z. B. in der Mietenpolitik. Denn da ist leider auf Landesebene alleine nicht viel zu regeln.

Trotzdem haben wir die stadtweite Debatte um soziale Wohnungspolitik angeschoben und erneut zu einem wesentlichen Schwerpunkt unserer Arbeit gemacht. Denn Mietpreisentwicklungen sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Wir wollen, dass Mieten bezahlbar sind, staatliche Förderungen gezielt bei Mietern ankommen und Kieze stabilisiert werden.

Und auch beim Klimaschutzgesetz sind wir gefordert. Es soll noch 2010 den Rahmen für die stufenweise Umsetzung der ehrgeizigen Klimaziele Berlins abstecken. Das wollen wir, ohne Mieter zu verdrängen oder Besitzer von Eigenheimen in Bedrängnis zu bringen.

Und was die Unternehmen der Daseinsvorsorge betrifft – da ist unser Ziel, dort, wo Unternehmen vor unserer Regierungszeit privatisiert wurden, den Einfluss des Landes wieder zu erhöhen.

Berlin als starke Stadt und soziale Metropole, dafür stehen unsere Themen. Wie richtig wir mit ihnen liegen, zeigt wohl auch, wie sehr die Grünen und auch die SPD inzwischen überall darüber diskutieren.

■ Udo Wolf, MdA, Fraktionsvorsitzender



**Mieterstadt Berlin:** DIE LINKE will die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten und eine soziale Segregation verhindern. Deshalb strebt sie den Abschluss von Zielvereinbarungen mit städtischen Wohnungsunternehmen zur sozialverträglichen Begrenzung der Mietentwicklung an. Bundespolitische Initiativen zum Mieterschutz, zur Festsetzung gesetzlicher Mietobergrenzen bei Neuvermietung und zur zeitlichen Befristung von Modernisierungsumlagen sind weitere Vorhaben.

### Bürgerbüro in Kreuzberg eröffnet



Halina Wawzyniak, MdB, hat ihr Bürgerbüro in ihrem Wahlkreis eröffnet:  
Mehringplatz 7, 10969 Berlin

Öffnungszeiten:  
Montag, Mittwoch Freitag von 9.30–15.30 Uhr  
Dienstag, Donnerstag von 13–20 Uhr

Tel./Fax: 030 / 25 92 81 21  
halina.wawzyniak@wk.bundes-tag.de

Neben regelmäßigen Sprechstunden der Abgeordneten wird es Filmvorführungen und Lesungen geben.  
Das Bürgerbüro steht auch für Vereine, Verbände und Bürgerinitiativen für Veranstaltungen zur Verfügung.

Die nächsten Sprechstunden der Bundestagsabgeordneten im Bürgerbüro sind am 13.4.2010, 17–19 Uhr und am 27.4.2010, 10–12 Uhr.

### Nicht vergessen! Mitgliederentscheid

zur Struktur der künftigen Parteispitze und zum Auftrag an den Parteivorstand, 2011 eine Urabstimmung zum Parteiprogramm herbeizuführen.

Einsendeschluss:

**23. April 2010, 18 Uhr**

## KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!

Am Samstag, dem 24. April 2010, wird es unter dem Motto „KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!“ bundesweit Aktionen geben. Kurz vor dem Jahrestag von Tschernobyl rufen Umweltinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften dazu auf, gegen längere Laufzeiten und für die Stilllegung der Atomkraftwerke zu demonstrieren. Zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel ist eine Anti-Atom-Menschenkette geplant. Weitere Aktionen werden in Ahaus sowie in Neckarwestheim und Biblis stattfinden, wo das AKW „umzingelt“ werden soll. DIE LINKE will kein Comeback der Atomenergie. Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist klar, dass die Atomenergie nicht beherrschbar ist.

(Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 27. Februar 2010)



Foto: Ulve Stämke

## Unzureichend und unglaublich

### SPD-Vorschläge zur Hartz-IV-Korrektur zu kurz gegriffen

Das Parteipräsidium der SPD hat einige Korrekturen am verfassungswidrigen Hartz IV vorgeschlagen. Das Arbeitslosengeld I soll unter bestimmten Voraussetzungen auf bis zu 36 Monate verlängert, die Vermögen von Arbeitslosen nicht mehr geprüft werden. Der Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV soll durch eine Streckung des Übergangsgeldes nach Dauer der Beschäftigung stärker abgedefert werden. Das könnten zunächst wichtige Korrekturen für die von Arbeitslosigkeit Bedrohten werden. Für Hartz-IV-Empfänger änderte sich erst einmal nichts. Darüber hinaus setzt sich die SPD für eine längst überfällige Einschränkung der Leiharbeit und einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde, wie ihn der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert, ein. Für Langzeitarbeitslose mit erschwerten Vermittlungshemmnissen und schlechten Chancen, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, fordert die SPD in den kommenden zwei Jahren einen „sozialen Arbeitsmarkt“ mit der Schaffung von 200 000 Beschäftigungsverhältnissen, der mit drei Mrd. Euro finanziert werden soll. Immerhin, die SPD macht Opposition gegen ihre eigene, frühere Schröder-Regierung. Aber sie macht sie, typisch SPD, erst als Opposition und wiederum nur halb. Sie verkauft ihre Hartz-Korrekturen als schöpferische Weiterentwicklung ihrer Agenda 2010.

Das ist durchaus eine zutreffende Umschreibung der Tatsache, dass die SPD sich nicht ernsthaft von ihren Arbeitsmarktreformen, die uns den größten Niedriglohnsektor aller Industriestaaten beschert haben, lösen will.

Am Kernbestand von Hartz IV nimmt die SPD bezeichnenderweise keinerlei Korrekturen vor. Der Zwang, dass Arbeitslose jede, aber wirklich jede „zumutbare“ Arbeit zu unzumutbaren Löhnen bei Strafdrohung von Sanktionen annehmen müssen, wird von der SPD nicht in Frage gestellt. Kein Sterbenswörtchen ist über die Höhe der Regelsätze von Hartz-IV-Empfängernden für Erwachsene und Kinder zu vernehmen, die nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verfassungswidrig sind. Denn immerhin stehen alle Hartz-IV-Parteien – die Union, die SPD, die FDP und die Grünen – für die Verabschiedung eines verfassungswidrigen Gesetzes. Bei der Forderung nach Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ wiederum springt die SPD zu kurz. Dabei hätte ein Blick in die Hauptstadt genügt, wo der Senat aus SPD und LINKEN einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) mit mittlerweile 7 600 Stellen geschaffen hat. Die Forderungen der SPD weisen in die richtige Richtung, aber sie bleiben befangen in der Hartz-Logik, die überwunden werden muss.

■ Gregor Gysi, MdB

## Termine:

13. April  
Reihe „mediatuesday@taz“  
**Mein Profil gehört mir!?**  
Privatsphäre im 21. Jahrhundert  
Mit Christian Heller (Futurist), Michael Horn (Chaos Computer Club), Anne Roth (Bloggerin), Timo Luthmann (mensch.coop), Julia Seeliger (taz)  
Kosten: 1,50 Euro  
19.30 Uhr, tazcafé, Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin

15. April  
Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik  
**Die Linke und die Eigentumsfrage**  
Mit Dr. Jürgen Leibiger und Prof. Dr. Klaus Steinitz  
Kosten: 1,50 Euro  
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

15. April  
**Lissabon und die Folgen**  
Mit Lothar Bisky, MdEP  
19 Uhr, Kinderhaus, Neustrelitzer Str. 57, 13055 Berlin

17. April  
**LINKE QUEERulanten**  
Schnupperabend mit Film  
18 Uhr, Sonntagsclub, Greifenhagener Str. 28, 10437 Berlin

20. April  
Politik im Gespräch  
**Der Programmentwurf der LINKEN**  
Konsens- und Streitpunkte für die Debatte  
Mit Dr. Bernd Ihme und Prof. Dr. Klaus Steinitz  
Kosten: 1,50 Euro  
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

24. April  
**4. Tagung des 2. Landesparteitages**  
10 Uhr, Taut-Aula, Fischerstr. 36, 10317 Berlin

29. April  
Politik im Gespräch  
**Wenig Hoffnung für Nahost**  
Mit Stefan Liebich, MdB, und Birgit Pomorin  
Kosten: 1,50 Euro  
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 24. 3. 2010

## Kalenderblatt:

### 25. April 1960

## „Sozialistischer Frühling“ in der DDR

Die Vereinigung aller Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) – von der Volkskammer der DDR am 25. April 1960 bestätigt – bildete eine tiefe Zäsur in der Geschichte des ostdeutschen Staates.

Was 1952 mit freiwilligen Entschlüssen vor allem von Neubauern begann, staatlich gefördert und vorangebracht wurde, mündete im Winter und Vorfrühling 1960 in einer SED-Kampagne des politischen Drucks. Die meisten Bauern sträubten sich gegen die LPG, hatten doch bisher nur wenige eine wirtschaftliche Überlegenheit erreicht. Die Bauern kapitulierten schließlich vor der Staatsmacht, die die Landwirtschaft insgesamt in sozialistische Bahnen lenken und zugleich die Voraussetzung für die Großproduktion schaffen wollte, um rasch die Versorgung mit Nahrungsmitteln verbessern zu können. Politischer Druck und Gewaltakte konterkarierten ein Konzept, das auf Friedrich Engels zurückging: Die Bauern überzeugen, dass sie nur durch genossenschaftlichen Zusammenschluss und die Großproduktion auf eigene Rechnung ihre Zukunft sichern können. Der „Sozialistische Frühling“ stieß Hunderttausende Bauern vor den Kopf. In den LPG angekommen, gestalteten die Bauern jedoch ihre Genossenschaft und lernten die sozialen Vorzüge – von der geregelten Arbeitszeit über den Haushaltstag der

Frauen bis zur Urlaubsmöglichkeit – zu schätzen. Am Ende der DDR 1990 war die genossenschaftliche Landwirtschaft trotz Mangelwirtschaft und obrigkeitstaatlichen Dirigismus der stabilste Teil der Volkswirtschaft. Viele Genossenschaften überlebten in neuen Rechtsformen bei der deutschen Neuvereinigung.

Jeder Versuch, die LPG-Gründungen auf die Opfer zu reduzieren, wie auf dem geplanten Gedenkstein des Bauernbundes in Kyritz, wird weder den historischen Vorgängen noch den aktuellen Herausforderungen gerecht.

Der genossenschaftliche Zusammenschluss ist heute ein Erfahrungswert, der helfen kann, alternative Lösungen gegen die Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft zu finden – jenseits von ideologischen Klischees. Jährlich werden in der Bundesrepublik 30 000 Höfe aufgegeben und fallen dem kapitalistischen Konzentrationsprozess zum Opfer. Das von den Linken verfochtene Konzept des genossenschaftlichen Zusammenschlusses ist ein Weg, der Kapitaldominanz entgegenzuwirken. Trotz allem Wenn und Aber sollte an die Erfahrungen der Bauern Ostdeutschlands angeknüpft werden.

■ Siegfried Kuntsche

# Service

## 1. Mai

9 Uhr

Treffen aller DGB-Gewerkschaften zu den gemeinsamen Demonstrationen zogen Kleiststraße zwischen Wittenbergplatz und Kreuzung An der Urania

10 Uhr

1. Mai-Motorrad-Korso 2010

1. Mai-Fahrrad-Korso 2010

1. Mai-Skating 2010

(Anmeldung jeweils über <http://www.erstermai.dgb.de/>)

1. Mai-Demonstration 2010

11.30 Uhr

1. Mai-Kundgebung 2010

Platz des 18. März vor dem Brandenburger Tor  
Hauptrede: Doro Zinke, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg  
Anschließend Bühnenprogramm und Kinder- und Familienfest



## Rassistische, antisemitische, homophobe und rechts-extreme Vorfälle und Angriffe in Treptow-Köpenick 2009

# Schwerpunkt Schöneweide und Köpenicker Dammvorstadt

ReachOut, die Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, hat im Jahr 2009 Angriffe und andere Vorfälle mit rassistischem, antisemitischem, homophobem und rechts-extremem Hintergrund in Berlin recherchiert, dokumentiert und ausgewertet. In Treptow-Köpenick wurden 126 Vorfälle im Jahr 2009 registriert. Ungefähr zwei Drittel davon sind sogenannte Propagandavorfälle. Rund 70 Prozent aller gemeldeten Vorfälle stammen dabei aus Schöneweide und der Köpenicker Dammvorstadt.

Es haben 18 Veranstaltungen stattgefunden (2008: 11), die sich vorwiegend in Schöneweide und um die NPD-Bundeszentrale in der Dammvorstadt abspielten. In 12 Fällen wurden Menschen angegriffen oder massiv genötigt (2008: 14). Einen Rückgang gab es bei den Propagandavorfällen in Altglienicke. Gingen 2008 noch 34 Meldungen aus Altglienicke ein, so waren es 2009 nur noch drei Meldungen.

Regionale Schwerpunkte bilden weiterhin Schöneweide, hier insbesondere Niederschöneweide (ein Grund für die Zunahme an Vorfällen in Niederschöneweide kann die Eröffnung der Kneipe „Zum Henker“ im März 2009 sein) mit 44,4 Prozent aller dokumentierten Vorfälle, und die Köpenicker Dammvorstadt mit 11,9 Prozent. Dort befindet sich die Bundeszentrale der NPD, die aufgrund veränderter Mietbedingungen in den Berliner Bezirken häufiger Parteiveranstaltungen beherbergte als in den vergangenen Jahren.

## Umweltbelastung auf über 800 Flächen

Im Bodenbelastungskataster Berlin sind für Treptow-Köpenick 858 Flächen registriert. Das Spektrum der Schäden reicht von Bodenverunreinigungen auf ehemals industriell genutzten Grundstücken bis zu Schäden, die bei Bodenluftuntersuchungen festgestellt wurden, sowie Grundwasserkontaminationen durch Pflanzenschutzmittel. Das Kataster wer-

Im Vergleich zu 2008 fallen einige Unterschiede deutlich auf. So hat sich der Anteil an Veranstaltungen deutlich erhöht (2008: 7,4 Prozent, 2009: 12,9 Prozent). Von den 18 Veranstaltungen, die 2009 stattfanden, haben sieben in Niederschöneweide entweder in der Kneipe „Zum Henker“ stattgefunden oder es handelte sich um Solidaritätsaktionen aus der rechten Szene für die Kneipe. Der „Henker“ hat sich zum Treffpunkt der Berliner Neonaziszene entwickelt und ist auch Veranstaltungsraum. Fünf Veranstaltungen fanden in der Bundeszentrale der NPD statt, vier Veranstaltungen waren im restlichen Bezirk verteilt. Bei zwei weiteren Veranstaltungen, die ebenfalls keiner Region zugeordnet werden können, handelt es sich um Liederabende der rechtsextremen Szene.

Der Anteil an Vorfällen, die sich gegen politische Gegner richteten und der Anteil jener, die rassistisch motiviert waren, hat sich im Vergleich zu 2008 erhöht. Von 12 dokumentierten Angriffen und Nötigungen richteten sich acht gegen politische Gegner, vier hatten einen rassistischen Hintergrund. Die beiden inhaltlichen Schwerpunkte aus 2008 – rechtsextreme Selbstdarstellung und NS-Verharmlosung – haben abgenommen, bilden aber aufgrund des hohen Anteils an Propaganda weiterhin die Mehrzahl im Bezirk.

Die lokalen Schwerpunkte aus dem Jahr 2008 konnten sich weiter ausprägen. So hat sich der prozentuale Anteil an Vorfällen, die aus Nieder- und Oberschöneweide gemeldet wurden, fast ver-

de in enger Abstimmung mit den Fachabteilungen der Bezirksämter ständig aktualisiert, heißt es in der Antwort des zuständigen Bezirksstadtrates Michael Schneider auf eine Kleine Frage von Marina Borkenhagen (DIE LINKE), Mitglied im Umweltausschuss der BVV. Vorrangiger Handlungsbedarf bestehe derzeit bei 80 Flächen mit nachweislich schädlichen Bodenveränderungen. Hinsichtlich gesundheitlicher Schäden durch Belastungen am Arbeitsplatz, heißt es, dass in einem Keller des Sozialamtes, wo stän-

doppelt (2008: 27 Prozent; 2009: 52,3 Prozent). Auch aus der Köpenicker Dammvorstadt sind mehr Vorfälle als im Vorjahr zu verzeichnen (2008: 12; 2009: 15). Auffallend abgenommen hat der Anteil an Vorfällen aus Johannisthal (2008: 15; 2009: 7), Altglienicke (2008: 34; 2009: 3) und der Altstadt Köpenick (2008: 5; 2009: 0).

*Die vollständige Auswertung finden Sie unter: [www.register-tk.de](http://www.register-tk.de)*

## Fortbildungsangebot Rassismus im Alltag

Rassismen erkennen, bewerten und Handlungsstrategien entdecken, ist der Inhalt eines Fortbildungsseminars, das am Sonnabend, 17. April 2010 von 10 Uhr bis 17.30 Uhr im Rathaus Johannisthal stattfindet.

Das Seminar richtet sich an alle, die gemeinsam ihr eigenes Denken und Handeln reflektieren wollen, um so Vorurteile und Stereotype zu entdecken und aufzubrechen. Neben der Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Rassismen und alltäglichen Erfahrungen werden auch die eigene Verstrickung in rassistische Verhältnisse betrachtet, ohne dabei den moralischen Zeigefinger zu erheben und ohne außer Acht zu lassen, dass es strukturelle und gesellschaftliche Formen des Rassismus gibt. Die maximale Teilnehmeranzahl beträgt 12 Personen. Eine rechtzeitige Anmeldung bis spätestens 12. April 2010 ist daher erforderlich. Eine Teilnahmegebühr wird nicht erhoben. Veranstalter ist das Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick Sterndamm 102, 12487 Berlin. Tel. 030 – 654 87 293, [www.zentrum-für-demokratie.de](http://www.zentrum-für-demokratie.de)

dig Akten gelagert werden, eine besondere Konzentration von Schimmelpilzen festgestellt wurde. Zwei Arbeitskräfte mussten daraufhin einen Arzt aufsuchen. Nach Vorliegen eines Gutachtens wurden die Akten zur Vernichtung freigegeben. Wie es in der Information ferner heißt, werde die Minimierung kritischer Umwelteinflüsse bereits bei der Planung von Neubauten und bei Sanierungen bedacht. Die Vermeidung von Wohngiften und Schadstoffen erfolge bereits durch die Auswahl der Baustoffe.



## Auf in die Saison 2010

### Zahlreiche Veranstaltungen erwarten die Besucher

Der Frühling ist da, und schon sind die kleinen Züge mit dem jungen Personal wieder in der Wuhlheide jeweils Samstags von 12.00 Uhr bis 18.30 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen von 11.00 Uhr bis 17.30 Uhr für die Besucher unterwegs. Während der Osterferien (31. März – 10. April 2010) fährt die Parkeisenbahn auch unter der Woche zwischen 10:00 Uhr und 16:30 Uhr.

Ab 18. Mai 2010 ist die „Kleine Bahn für große Augen“ dann auch regulär dienstags bis donnerstags von 12.30 Uhr bis 16.30 Uhr unterwegs. In den Sommer- und Herbstferien des Landes Berlin gibt es erweiterte Fahrzeiten.

Mit dem neuen Fahrplan Ende März 2010 ging auch der neue Bahnsteig „Haus Na-

jahr stabil gehalten werden. So zahlen für eine 30minütige Rundfahrt Kinder 2,00 Euro und Erwachsene 3,00 Euro. Natürlich sind im Jahr 2010 auch wieder zahlreiche Veranstaltungen für die Fahrgäste geplant:

Die Mondscheinfahrt (Abendfahrt – nur für Erwachsene) am 8. Mai, der Kindertag in der Wuhlheide am 29./30. Mai und am 1. Juni der Kindertag bei der Parkeisenbahn. Mit dem „OMA-OPA“-Tag am 6. Juli gibt es auch einen Tag für die älteren Fahrgäste. Etwas Besonderes wird sicherlich am 25. September die Sternguckerfahrt (eine Abendfahrt, nicht nur für Kinder, mit Laternenumzug). Das Jubiläum 175 Jahre Eisenbahn in Deutschland, damals fuhr die erste Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth, wird mit Festtagen vom 11. bis 24. Oktober begangen.

Weitere Informationen unter: [www.parkeisenbahn.de](http://www.parkeisenbahn.de)

### Sonderöffnungszeiten der Heimatmuseen zu Ostern

Zu den Osterfeiertagen bietet das Heimatmuseum Treptow-Köpenick für seine Besucher Sonderöffnungszeiten an. Das Heimatmuseum Köpenick, Alter Markt 1, 12555 Berlin, ist vom 3.–5. April bis 05.04.2010 in der Zeit 14 bis 18 Uhr geöffnet und erwartet seine Besucher mit einer liebevoll gestalteten Osterausstellung. Das Heimatmuseum Treptow, Sternendamm 102, 12487 Berlin, öffnet seine Türen am Ostersonntag, dem 4. April, in der Zeit von 14 bis 18 Uhr.

Weitere Informationen unter: Tel. (030) 90297-5671 bzw. [www.heimatmuseum-treptow.de](http://www.heimatmuseum-treptow.de)

### Nachwuchssuche

Ab sofort können sich wieder Kinder ab 11 Jahre für die Mitarbeit bei der Parkeisenbahn Wuhlheide anmelden. Interessierte Kinder können sich bei der Berliner Parkeisenbahn gemeinnützige Gesellschaft mbH An der Wuhlheide 189, 12459 Berlin, Telefon: 030 53 89 26 – 60, oder während des Fahrbetriebes auf den Bahnhöfen melden. Anmeldeabschluss ist der 15. Mai 2010.

tur und Umwelt“ in Betrieb. Der neue Haltepunkt, der achte Bahnsteig der Parkeisenbahn, entstand zwischen den Bahnhöfen Badeseer und Freilichtbühne – in unmittelbarer Nähe des großen Spielplatzes, des Hauses Natur und Umwelt sowie des Eingangs zur Kindl-Bühne. Die Fahrpreise konnten dank der Ehrenamtlichkeit vieler Mitarbeiter auch in diesem

## Neuer Vorstand

Am 26. Februar 2010 wählte der 2003 gegründete bezirkliche Städtepartnerschaftsverein „Partner Treptow-Köpenick e.V.“ turnusgemäß einen neuen Vorstand. Vorsitzender wurde erneut Ulrich Stahr. Die Stellvertreter des Vorsitzenden sind satzungsgemäß von Amts wegen während ihrer gesamten kommunalen Wahlperiode BVV-Vorsteher Siegfried Stock und Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler. Sie standen demzufolge nicht zur Wahl. In den Vereinsvorstand wurden wiedergewählt: Winfried Blohm als Schatzmeister sowie Matthias Schmidt und Horst Schwartz als Beisitzer. Heidrun Meißner, Vincent Paul und Andrea C. Scholz kamen als neue Beisitzer dazu. Volker Hasse wurde Geschäftsführer.

Der Verein „Partner Treptow-Köpenick e.V.“ pflegt und fördert die Verbindungen, die der Bezirk auf den verschiedensten kommunalen Ebenen mit seinen 11 Partnerstädten im In- und Ausland unterhält. Er trägt dazu bei, die Partnerstädte und deren Bürgerschaft im Bezirk bekannter zu machen.

Informationen unter [www.partner-treptow-koepenick.de](http://www.partner-treptow-koepenick.de)

### Informationen aus dem Bezirksamt

#### ► Nachlass von Ingeborg Hunzinger

Ausgewählte Arbeiten aus dem künstlerischen Nachlass der in Köpenick beheimateten Bildhauerin Ingeborg Hunzinger werden im Bezirk präsentiert. Dafür hatte sich das Bezirksamt auf Wunsch der Bezirksverordneten mit den Erben der Künstlerin eingesetzt. In Abstimmung mit dem Verein Bürger für Rahnsdorf ist auch vorgesehen, an ihrem ehemaligen Wohnhaus und Atelier eine Gedenktafel anzubringen und eine Skulptur aufzustellen. Zum 100. Geburtstag der Künstlerin 2015 soll es in der Galerie Adlershof eine große Retrospektive zu ihrem Schaffen geben.

#### ► Allende-Schwimmhalle bald wieder offen

Nach umfassender Sanierung soll die Schwimmhalle im Allendeviertel am 6. September 2010 wieder öffnen. Wie die Berliner Bäder Betriebe erklärten, steht sie dann sowohl für die Öffentlichkeit als auch für das Schul- und Vereinschwimmen zur Verfügung. Die Vergabe der Nutzungszeiten richtet sich nach dem angemeldeten Bedarf.



So wie für das Ehepaar Zernick am Mandrellaplatz 1 wurden an zahlreichen Punkten Treptow-Köpenicks Stolpersteine angebracht.

„Hier wohnten ... „

### Zwölf neue Stolpersteine in Treptow-Köpenick

Wenn Gunter Demmig in eine Stadt kommt, dann geht es darum, Menschen aus dem Vergessen zu retten, zu erinnern, dass sie lebten, wo und wie lange. Es geht darum zu stolpern, innezuhalten, sich zu erinnern, dass einmal hier Juden, Sinti, Homosexuelle lebten, die man verschleppte, ermordete. In Treptow-Köpenick wurden Ende März wieder zahlreiche Stolpersteine von Gunter Demmig angebracht. Doch hinter ihm stehen diejenigen, die sich um die Geschichte der Menschen kümmern. So beispielsweise die Schüler der Köpenicker Merian-Oberschule, die sich mit dem Leben der Familie Mirauer befassten. 1943 wurde sie nach Theresienstadt deportiert, von dort nach Auschwitz verschleppt, wo sie ermordet wurde. Jetzt ist an ihrem früheren Wohnort ein Stolperstein in der Janitzkystraße in Berlin-Köpenick angebracht mit einer Messingtafel. Darauf steht zu lesen: »Hier wohnten Franz, Gertrud und Tana Mirauer« kfo.



Der Kölner Initiator des Projektes Stolpersteine, Gunter Demmig, verlegt die Steine selbst.

## Darf der Bus über die Brücke fahren?

Im nunmehr dritten Jahr interessiert und beschäftigt der Straßenbau in der Wendenschloßstraße Anwohner, Anlieger und Gewerbetreibende.

Eine der Fragen, die viele bewegen, ist nach der Belastbarkeit der Brücke über den Stichkanal. Davon hängt ab, wie und wann die Buslinie 167 wieder normal verkehren kann und die jetzigen Erschwernisse zur Erreichung des öffentlichen Nahverkehrs für die Bürger verschwinden.

Allendeblättchen ging dem nach und erhielt von der Senatsverwaltung Stadtentwicklung, Abt. Tiefbau – Objektmanagement Ingenieurbau -, dem Auftraggeber für den Brückenbau, folgende Auskunft:

– Die Sanierung der Brücke ist beendet bis auf Restarbeiten, u.a. zur Konservierung der Geländer. Dies soll bis Ende Mai 2010 erledigt sein. Bis zum Abschluss der gesamten Bauarbeiten wird weiterhin einspurig in Richtung Allendestraße gefahren.

– Die Tragfähigkeit der Brücke musste und muss mittelfristig (für 2–3 Jahre) auf

12 Tonnen beschränkt werden. Bei den Sanierungsarbeiten wurde nämlich festgestellt, dass die damals errichtete Brücke über den Stichkanal Mängel bei der Herstellung der Stahlbewehrung aufwies. Der hinzugezogene Statiker forderte deshalb, zur Vermeidung von Überlastungsschäden eine Lastbeschränkung auf 12 t anzuordnen.

– Für den Linienbusverkehr der BVG ergeben sich aus dieser verminderten Tragfähigkeit keinerlei Hindernisse. Die Gelenkbusse sind wegen ihres großen Achsabstands von der Beschränkung nicht betroffen. Sie gefährden die Statik nicht.

– Der Auftraggeber für den Brückenbau lässt derzeit prüfen, ob eine Erhöhung der Tragfähigkeit erfolgen kann, gegebenenfalls mit geeigneten Verstärkungsmaßnahmen.

Die Anwohner, so glauben wir, können sicherlich mit einer Beschränkung des Schwerlastverkehrs gut leben, zumal Ausnahmeregelungen für unabwendbare Lastfahrten (Müll, Abwasser) möglich und bereits wirksam sind.

Nun entsteht die Frage, ob nicht baldmöglich die Linie 167 wieder durch die Wendenschloßstraße fahren kann? Die Koordinierung hierfür obliegt dem hiesigen Tiefbauamt. Inzwischen wurde dort angefragt. Weitere Fragen folgen, so beispielsweise die, ob trotz des langen Winters der Endtermin Dezember 2010 gehalten werden kann. Bauen ist Gestaltung des öffentlichen Raumes und somit eine öffentliche Angelegenheit für DIE LINKE.

■ ■ Felix Grenz, Jürgen Schewe.



**Gysi meint...**



## Hartz IV: Die SPD springt, aber viel zu kurz

Das Präsidium der SPD hat Korrekturen am verfassungswidrigen Hartz IV vorgeschlagen. Das Arbeitslosengeld-I soll unter bestimmten Voraussetzungen auf bis zu 36 Monate verlängert, die „Vermögen“ von Arbeitslosen nicht mehr geprüft werden. Der Übergang vom Arbeitslosengeld-I zu Hartz IV soll durch eine Streckung des Übergangsgeldes stärker abgefedert werden.

Darüber hinaus setzt sich die SPD für eine längst überfällige Einschränkung der Leiharbeit und einen erhöhten flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde ein.

Für Langzeitarbeitslose mit schlechten Chancen, eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, fordert die SPD in den kommenden zwei Jahren einen „sozialen Arbeitsmarkt“ mit der Schaffung von 200.000 Beschäftigungsverhältnissen, der mit drei Mrd. Euro finanziert werden soll.

Damit begibt sich die SPD in Opposition zur eigenen Schröder-Regierung, wenn auch nur halbherzig. So beteuert sie, dass sie weiter an der 2010 festhalte. Das ist zutreffend, denn sie hat sich nicht ernsthaft von ihren Arbeitsmarktreformen, die uns den größten Niedriglohnssektor aller Industriestaaten und massenhaft prekäre Beschäftigung beschert hat, getrennt.

Am Kernbestand von Hartz IV will die SPD nichts ändern. Der Zwang zur Aufnahme jeder Arbeit zu niedrigsten Löhnen und den Ein-Euro-Jobs wird nicht in Frage gestellt. Sie äußert sich auch nicht zur Verfassungswidrigkeit der Höhe der Regelsätze von Hartz IV-Beziehenden und deren Kinder.

Auch bei der Forderung nach Schaffung eines „sozialen Arbeitsmarktes“ springt die SPD zu kurz. Dabei gibt es Anschauungsunterricht in Berlin, wo der Senat aus SPD und Linken einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit mittlerweile 7.600 Stellen geschaffen hat. Die SPD bleibt in der Hartz-Logik befangen, die überwunden werden muss.

# Entwicklung des Mietmarkts verlangt Eingreifen

Nachdem auch der Mietmarktbericht der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft GSW, eines der führenden Berliner Wohnungsunternehmen, bestätigt hat, dass die Neumieten in Berlin weit über den Bestandsmieten liegen, kann nicht länger von einem entspannten Mietmarkt gesprochen werden. In weiten Teilen der Stadt liegt das Wohnungsangebot deutlich über den finanziellen Möglichkeiten breiter Berliner Bevölkerungskreise.

Als Konsequenz sollte der Senat die von den Koalitionsfraktionen geforderte Bundesratsinitiative zur Begrenzung der Neuvertragsmieten mit Nachdruck prüfen. Um auf der lokalen Ebene handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, dass der Senat für einige Quartiere in der Innenstadt die angespannte Wohnungsmarktsituation anerkennt. Nur so wird es neben der Bundesratsinitiative möglich sein, gegen Neuvermietungsverträge vorzugehen, die deutlich über der ortsüblichen Miete liegen. Durch gezielte Zweckentfremdungsverbote kann verhindert werden, dass Wohnungen in Büros oder Ferienwohnungen umgewandelt werden und so dem

Wohnungsmarkt entzogen werden. Zu prüfen ist auch, ob da wo notwendig, für Sozialwohnungen, die durch Zeitablauf aus der Grundförderung fallen, wieder eine Belegungsbindung eingeführt wird. Es kann nicht hingenommen werden, dass aus den Sozialwohnungen, die mit hohen Beträgen öffentlich gefördert wurden, die Bestandsmieter über drastische Mieterhöhungen verdrängt werden.

Außerdem sollte der Einfluss auf die städtischen Wohnungsgesellschaften dahingehend verstärkt werden, dass diese den vom Senat erteilten Auftrag einhalten, Wohnungen für breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte, anzubieten.

Damit soll diesen Personengruppen ein gleichberechtigter Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglicht werden. Dies erfordert, dass sich das Wohnungsangebot der städtischen Wohnungsbaugesellschaften an der ortsüblichen Vergleichsmiete orientiert, die der Mietspiegel vorgibt.

■ ■ **Uwe Doering, bau- und wohnungspolitische Sprecher der LINKEN im Abgeordnetenhaus**

## Ernst Busch einmal anders

Roger Reinsch vom Freundeskreis „Ernst Busch“ wählte für seinen Vortrag diesen Titel, zu dem am 17. März in die Köpenicker Fischerhütte eingeladen wurde.

Dieser Einladung folgten viele Interessierte, um den Gesängen Ernst Buschs zu lauschen.

Ein Dankeschön an die LINKE im Allendeviertel/Kämmereiheide, die alles gut vorbereitet hatte.

Die Erwartungen der Besucherinnen und Besucher wurde nicht enttäuscht, denn Roger Reinsch verstand es, mit gut ausgewählten Tonbeispielen die breite Palette des Sängers und Schauspielers darzustellen.

Der Freundeskreis nimmt den 110. Geburtstag von Ernst Busch zum Anlass, mit vielfältigen Veranstaltungen seiner zu gedenken.

Die von den Gästen gespendeten 85 Euro wurden auf das Spendenkonto des Freundeskreises überwiesen. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

Mehr Informationen [www.ernst-busch.net](http://www.ernst-busch.net)

■ ■ **Renate Lange**



## LESERBRIEFE

### „Free Dogs“

*Es hat sich (überraschenderweise) als ein böses Gerücht herausgestellt, dass der „harte Kern“ um den öfter belfernden FDP-Parteivorsitzenden, die „antisoziale Plattform“ der Partei, auch unter diesem Namen (Free Dogs) auftritt.*

*Ganz im Gegenteil beteuert der FDP-Gesundheitsminister Ph. Rösler, dass die soziale Gerechtigkeit sein besonderes Anliegen ist. Dabei verweist er auf seine Pläne für die Kopfpauschale in der Krankenversicherung, die mit gleich hohen Beiträgen für alle Bürger viel gerechter sei als das gegenwärtige System oder gar eine Bürgerversicherung.*

*Unter dem Namen „Free Dogs“ treten vielmehr Vereine auf, die Hundepplätze mit freiem Auslauf und Trainingsmöglichkeiten für noch ungebändigte Tiere betreuen, zum Beispiel nach der „Hundeordnung“ des Berliner Senats.*

*Kurt Pittelkau*

# DIE LINKE.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 12

**FR 9.4. 18:00** AG Antifa, Brückenstr. 28  
**MO 12.4. 15:00** Beratung der AG Seniorpolitik beim BV DIE LINKE, Geschäftsstelle Brückenstr. 28, THEMA: Erster Gedankenaustausch zur Programmdebatte (z.B. wie vereinbaren sich einheitliche programmatische Ziele der Partei mit Pluralismus und Strömungen?)

**DI 13.4. 19:00** Die BO X und die Linksjugend [solid] Treptow-Köpenick treffen sich in der Geschäftsstelle Brückenstraße (Gysi-Bürgerbüro)

**FR 16.4. 18:30** Mitgliederversammlung der LINKEN Altglienicke, im Blauen Salon des Altglienicker Bürgerzentrum in der Ortolfstr. 182- 184. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen

### Beratungen des Bezirksvorstandes

jeweils dienstags, 18:30 Uhr  
6.4. und 4.5. Allendeweg  
20.4. Brückenstraße

## KONTAKT

Bezirksverband  
Geschäftsstelle Köpenick  
Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792  
E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de  
Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,  
Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr  
Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr  
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

**Kassenzeiten:**  
Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr  
Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

**Geschäftsstelle Treptow**  
Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 6310 42 41  
Öffnungs- und Kassenzeiten:  
Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Fraktion in der BVV  
Rathaus Treptow, Raum 205  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
Telefon / Fax (030) 533 76 07  
Telefon (030) 902 97 41 61  
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de  
Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr  
Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr  
Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr  
Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. (030) 63 22 43 57,  
Fax (030) 63 22 43 58  
Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr  
Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## WIR GRATULIEREN

im April

102. Johanna Marmulla
101. Ernst Engelberg
94. Kurt Jämmerich
93. Franz Nislbeck
92. Georg Kulessa
91. Heinz Schirmeister
90. Günter Lax
85. Gerda Riefing, Gerhard Bzdak, Wolfgang Eckstein

80. Thea Hesse, Hella Kaeseltz, Anneliese Lindemann, Sonja Stroech, Hanna Weißbach, Werner Beyer
75. Ulla Dämmrich, Uschi Joseph, Gisela Ulbrich, Erika Zecher, Günter Frost
70. Erika Wunderlich

## DIE LINKE im Video-Podcast

Hören und Sehen, was Politiker der LINKEN in Berlin zu aktuellen Themen zu sagen haben. Das ermöglicht DIE LINKE auf ihrer Webseite. Aber die Videos kann man nicht nur herunterladen, sondern als Podcast abonnieren. Damit erhalten Sie den jeweils aktuellsten Beitrag direkt auf Ihren Computer. Mehr dazu unter [www.die-linke-berlin.de/politik/media](http://www.die-linke-berlin.de/politik/media)

## Weltlauf ????

Hat man viel, so wird man bald noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird auch das Wenige genommen.

Heinrich Heine



# 1. Mai 2010

### 13-18 Uhr, Schlossplatz Köpenick

- 13:00 Eröffnung durch den Bezirksvorsitzenden Marko Tesch
- 13:15 Buntes Tanzprogramm: Dancepoint Treptow
- 14:00 Gesprächsrunde mit Petra Pau, MdB und dem Landesvorsitzenden Klaus Lederer, MdA
- 14:30 Christiane Ufholz & Eberhard »Klunkie Klunker Blues-classics und Homage an Franz Bartsch
- 15:15 Gesprächsrunde mit Politikern aus dem Bezirk
- 15:45 Steinlandpiraten Covering Gerhard Gundermann

# DIE LINKE.

### TREPTOW-KÖPENICK

- 17:15 Ellis 'n Yard – Eigene Rockproduktionen und Coverrock
- Moderation: Die Dicken Moderatoren
- Infostände, gastronomische Versorgung, Kaffee & Kuchen
- 13-18 Kiez-Fest im Springbornklub Johannisthal Gesprächsrunden, Musik, Kinderfest, Info-Stände, gastronomische Versorgung u. u. a. m



## Geschichten, Sekt und Rosen

Zwei Tage vor dem internationalen Frauentag fand am 6. März 2010 die Frauentagsveranstaltung der LINKEN in der Alten Schule in Adlershof statt. Angekündigt waren Franz und Peter Sodann. Jedoch verhinderte ein Schneesturm im Raum Halle/Leipzig ihre Anreise. Spontan wurde um halb acht Uhr morgens Annekathrin Bürger gefragt, ob sie nicht stattdessen eine Lesung abhalten könnte. Sie sagte zu, wurde abholt und las Geschichten aus ihrer mit Kerstin

Decker erstellten Biografie „Der Rest, der bleibt“ aus ihrer Zeit als Schauspielerin und Denkmalschützerin in der DDR vor. Das Publikum im voll besetzten Veranstaltungssaal lauschte interessiert, lachte über viele Anekdoten und verbrachte einen unterhaltsamen Vormittag. Passend zum Thema der Veranstaltung bekam jede Frau eine Rose überreicht und dazu Sekt oder Saft zum Anstoßen.

■ ■ Edith Karge

### TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 11

- DI 6.4. 17.00 Uhr** Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4, Fünf Jahre Erfahrungen mit dem SGB II und seiner bezirklichen Umsetzung. Öffentliche Veranstaltung zu Rückschau und Ausblick über die Tätigkeit des „JobCenters Treptow-Köpenick“
- MI 7.4. 18.00 Uhr** „Das grüne und andere Ungeheuer“, Theater-, Fernseh- und Lebenszeit. Drehbuchautor, Dramaturg und Schauspieler, Rudi Kurz, stellt sein Buch vor. BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275
- FR 9.4. 15.00 Uhr** „Finanzkapital und Regierungen“, Diskussionsveranstaltung mit Prof. Christa Luft, Rabenhaus, Puchanstraße 9, Dammvorstadt
- SA 10.4. 10.30 Uhr** Polit. Frühschoppen: 90 Jahre Kapp-Putsch – Erinnerung und Mahnung, mit Gerd Lüdersdorf

### Preisskturnier

#### um den Pokal der Linksfraktion

#### Treptow-Köpenick | 11. April,

ab 10.00 Uhr Gaststätte „Zur Post“.

Anmeldeschluss: Donnerstag, 8. April. Startgeld wie immer 10,- Euro (inklusive Mittagessen) Verbindliche Anmeldungen bitte unter 537 80 499 oder direkt in der Gaststätte „Zur Post“.

- DI 13.4. 18.00 Uhr** „Warum wurde die DDR nicht 60 Jahre alt?“ (Programm-)Debatte mit Dr. Gerhard Beil, Sportpromenade 23 (SG Rotation), Karolinenhof
- DI 13.4. 18.00 Uhr** Mietenentwicklung und ihre Auswirkungen in den

Orsteilen, Veranstaltung der AG Mieten/Wohnen mit dem wohnungspolitischen Sprecher und parlamentarischen Geschäftsführer der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Uwe Döring, Rathaus Treptow, BVV-Saal

**MI 14.4. 16.00 Uhr** Gedenken zum 35. Todestag des Schriftstellers Boris Djacenko auf dem Waldfriedhof, wo der Bürgerverein seit 2005 das neu errichtete Grab des Künstlers pflegt.

### Stadtentwicklungspolitische Radtour

**Sa 17. April, Start: 14.00 Uhr**

Treff: Wilhelminenhof-/Ecke Edisonstr. Halt an mehreren Orten und Austausch zu den entsprechenden Themen z.B. Grenzweg-Südostverbindung, BMHW-Block-Spreewanderweg, Samsunggelände – möglicher Brückenbau nach Oberspree, Stadtplatz – Realisierungsstand Schauhallen.

*Dauer: gut 2 Stunden.*

- MI 21.4. 18.00 Uhr** Brückenstraße 28, Veranstaltung zum Thema Israel, Palästina und die Linke. Mit dabei der Bundesarbeitskreis Shalom sowie Freunde des palästinensischen Volkes.
- MI 21.4. 18.00 Uhr** „Die DDR und die Juden“, Renate Kirchner und Prof. Detlef Joseph berichten über neue Forschungsergebnisse, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kieffholzstraße 275
- MI 21.4. 19.00 Uhr** Kulturküche Bohnsdorf, 11. Bürgerversammlung Bohnsdorf Folgende Gäste wer-

den erwartet: Herbert Behrends, Mitglied des Deutschen Bundestages; Astrid Bothe, Vorsitzende des Bürgervereins Brandenburg-Berlin; Dr. Herbert Burmeister, Stellvertretender Vorsitzender der Schutzgemeinschaft; Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat für Bauen und Stadtentwicklung; Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Land Brandenburg; Ernst Welters, Mitglied des Bezirks- und des Landesvorstandes, DIE LINKE

- FR 23.4. 17.00 Uhr** Kundgebung zum 65. Jahrestag der Befreiung von Köpenick, Platz des 23. April, Dammvorstadt
- SA 24.4. 10.00 Uhr** Gedenkveranstaltung zum 65. Jahrestag der Befreiung auf dem Platz der Befreiung, Adlershof

### »Politiker vor Ort«

**Sa 24.4. 10:00** Kino Union, Bölschestraße, Friedrichshagen

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus, Michael Müller und Udo Wolf, debattieren zum Thema: "Sechs Monate schwarz-gelbe Regierung – welche Auswirkung hat das auf die Berliner Bevölkerung?"

**Moderator:** Uwe Doering, parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion *Fragen, Meinungen und Diskussionsbeiträge sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei, die Platzzahl aber begrenzt.*

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: [petra.reichardt@die-linke-berlin.de](mailto:petra.reichardt@die-linke-berlin.de)